



Mehr Schutzplätze in den Frauenhäusern

Das Frauenhaus beider Basel und das Heilsarmee-Frauenhaus Wohnen für Frauen und Kinder leisten für unsere Region Tag für Tag lebensrettende Arbeit. Frauen, die von häuslicher Gewalt akut betroffen sind, finden in den sicheren Frauenhäusern Zuflucht.



Melanie Nussbaumer



Juliana Weber Killer

Beide Häuser werden von den Kantonen Baselland und Basel-Stadt teilfinanziert. Politische Anfragen in den beiden Parlamenten haben nun aber gezeigt: Die Häuser sind oft überlastet. Mit ihren insgesamt 33 Schutzplätzen mussten sie 2024 ganze 330 Frauen und Kinder abweisen, doppelt so viele wie im Vorjahr. Die Auslastung liegt im Durchschnitt bei über 90 Prozent, im Frauenhaus beider Basel sogar bei über 96 Prozent. Das heisst: Wenn eine Frau heute aus ihrem Zuhause flüchten muss, ist oft kein Platz frei.

Unserer Meinung nach ist jede Abweisung ein politisches und gesellschaftliches Versagen. Bis Ende November wurden 2025 in der Schweiz 29 Frauen Opfer eines

Femizids, umgebracht von ihren Partnern oder Ex-Partnern. In Baselland haben wir 2025 zwei Femizide zu beklagen; 2024 war es ein Fall. Kein anderes Gewaltverbrechen fordert in der Schweiz mehr Todesopfer als männliche Gewalt gegen Frauen.

Andere Länder zeigen, dass entschlossenes politisches Handeln Leben rettet. Spanien registriert ein Drittel weniger Femizide. Seit 20 Jahren setzt das Land auf ein umfassendes Gesetz zum Schutz vor geschlechtsspezifischer Gewalt: Präventionsprogramme an Schulen, nationale Aufklärungskampagnen, spezialisierte Gerichte und ein effektives elektronisches Monitoring. Wir stehen in der Pflicht, endlich entschlossener zu handeln. Deshalb

wurden in beiden Parlamenten (BL: Interpellation von Juliana Weber Killer; BS: Motion von Christoph Hochuli, EVP) Vorstösse mit folgenden Forderungen eingereicht:

- Mehr Schutzplätze für Frauen und Kinder, die von häuslicher Gewalt betroffen sind gemäss Istanbul-Konvention.
- Eine verlässliche und nachhaltige Finanzierung der Frauenhäuser. Die Schutzhäuser in beiden Basel müssen viele Spenden generieren, um ihre Schutzplätze zu finanzieren. Diese unsichere Finanzierung ist nicht haltbar. Die Kantone sollen zukünftig deshalb mindestens 75 Prozent der Schutzplätze finanzieren.

Jede Frau, die Schutz sucht, muss einen sicheren Ort finden. Wir werden weiter Druck machen. Denn die Zahlen sind erschütternd, aber sie sind nicht naturgegeben. Politischer Wille kann Leben retten.

Danke, Livia!

Liebe Livia

Als wir im Mai ins Präsidium der SP Basel-Stadt gewählt wurden, hatten wir – wie es bei solchen Übergaben üblich ist – eine einzige Sitzung zwischen dem alten und dem neuen Team. Das ist eher ambitioniert. Umso wertvoller war es für uns, dich als unser «wandelndes Lexikon» an unserer Seite zu wissen. Deine Erfahrung, dein Überblick und deine Gelassenheit haben uns geholfen, unseren Platz zu finden und in unserer neuen Rolle anzukommen.

Nun hast du dich entschieden, weiterzuziehen. Wir sind überzeugt: Deine Fähigkeit, auch komplexe technische Fragen in klare, verständliche Erzählungen zu übersetzen, dein sicherer politischer Kompass und deine vielseitige Erfahrung werden auch an deinem nächsten Wirkungsort viel bewegen – so, wie du das in den vergangenen zwölf Jahren bei der SP Basel-Stadt getan hast.

Zwölf Jahre sind eine lange Zeit. Zwölf Jahre, in denen du mit grossem Engagement und hohem Verantwortungsbewusstsein für die SP Basel-Stadt gearbeitet hast. Zahlreiche Wahl- und Abstimmungskämpfe hast du gemeistert, Gremien organisiert, Medienmitteilungen geschrieben, Statuten überarbeitet und Prozesse überdacht. Gerade in einer Partei, die von regelmässigen Wechseln in ihren Gremien geprägt ist, haben deine Loyalität und dein Fachwissen die nötige Stabilität gewährleistet.

Danke für deinen Einsatz, deine Klarheit, deine Geduld und all die unzähligen Momente, in denen du die Fäden zusammengehalten und uns den Rücken freigehalten hast. Wir wünschen dir für deinen weiteren Weg alles Gute und freuen uns auf Begegnungen an anderen Orten!

Solidarische Grüsse

Julia Baumgartner
Barbara Heer
Thomas Fastermann



Ein neues Kapitel

Nach 12 Jahren im Sekretariat der SP Basel-Stadt entschied sich die geschäftsführende Parteisekretärin Livia Diem, ein neues Kapitel aufzuschlagen. Im Gespräch mit ihrem Team, Tamina Graber und Sven Schwyz, blickt sie zurück.

Wenn du auf deine 12 Jahre zurückblickst: Welche Momente bleiben dir besonders in Erinnerung?

Die Wahltag waren immer ein besonderer Moment. Das Resultat ist ein bisschen wie eine Benotung der monatelangen Arbeit, auch wenn natürlich nicht alles gesteuert werden kann. Am Wahltag treffen sich alle, die mitfeiern, man fällt sich vor Erleichterung oder auch vor Enttäuschung in die Arme. An diesem Tag wird der Zusammenhalt richtig greifbar.

Welche politischen Entwicklungen in Basel haben dich besonders geprägt?

Die Entwicklung der Basler Wohnpolitik hat mein Verständnis für Verteilungsgerechtigkeit verändert und erweitert. Und die Fortschritte in der Finanzierung der Kinderbetreuung haben mir eindrücklich gezeigt, wie vermeintlich fixe öffentliche Meinungen innert weniger Jahre verändert werden können: durch Sensibilisierung, Sichtbarmachen und Aufzeigen der alltäglichen Relevanz des Themas.

Was hat dir am meisten Freude in der Zusammenarbeit mit Mitgliedern, Ehrenamtlichen und dem Team gemacht?

Meistens hatte ich ein starkes Gefühl der Zusammengehörigkeit: Wir sitzen im gleichen Boot, wir wollen dasselbe, wenn auch nicht immer in allen Nuancen. Wenn dann im Wahlkampf plötzlich alle aus ihren Schneckenhäusern gekrochen kommen und es vor Ideen und Elan sprudelt – das ist toll! Auch das Vertrauen innerhalb des Sekretariats, dass wir uns immer gegenseitig aufeinander verlassen können, halte ich für aussergewöhnlich positiv.

Welche Wünsche gibst du der Partei mit auf den Weg?

Ich wünsche der Partei, dass sie weiterhin den schwierigen Balanceakt zwischen Verantwortung, Aufmüpfigkeit, inhaltlicher Breite und Geschlossenheit im Kern gut meistert.

Gibt es etwas, das du den Mitgliedern direkt sagen möchtest?

1360 Mitglieder: was für eine Zahl. 1360 unterschiedliche Menschen, die ein soziales Basel anstreben und unterschiedliche Beiträge dazu leisten. Je nach Lebenssituation mag der Beitrag immer wieder anders ausfallen. Habt kein schlechtes Gewissen, wenn es einmal nicht so viel ist. 1360 kleine Beiträge geben bereits einen ziemlichen Haufen. Und bisher ist die SP Basel-Stadt damit sehr weit gekommen. Herzlichen Dank dafür, und weiter so!

Die Budgetdebatte der Wintersession

Abbau statt Fortschritt

Der Bundesrat behauptet, er müsse sparen. In Wahrheit zieht er sich aus der Verantwortung zurück – international wie national – und gefährdet damit unsere Zukunft. Was in der Wintersession beschlossen wurde, ist keine vorsichtige Finanzpolitik, sondern ein politisches Programm: Abbau statt Fortschritt.

Obwohl keine Notlage besteht, kürzt das Parlament bei der Entwicklungszusammenarbeit – inmitten von Kriegen, Fluchtbewegungen und globalen Krisen. Gleichzeitig geraten Gesundheitsförderung und öffentlicher Verkehr unter den Sparhammer. Das ist kein Zufall, sondern Ausdruck einer bürgerlichen Finanzpolitik, die rückwärtsgewandt ist und gesellschaftlichen Fortschritt als Kostenposten betrachtet.

Statt die Schuldenbremse zu modernisieren und endlich auch die Einnahmequellen fairer anzupacken, wird reflexartig der Rotstift angesetzt. Wer Vermögen und Gewinne konsequent schonen will, spart dort, wo es der Allgemeinheit wehtut.

Besonders fatal sind die Angriffe auf Bildung und Forschung – unser eigentliches «Gold». Statt ambitioniert zu investieren, etwa mit einer starken Life-Science-Strategie, sollen Mittel für den SNF reduziert, Hochschulbeiträge gekürzt und

Studiengebühren erhöht werden. Das trifft nicht nur Studierende, sondern schwächt die Innovationskraft der ganzen Schweiz.

Solidarität ist kein Luxus

Auch beim öffentlichen Verkehr wird gekürzt – bei Bahn und Regionalverkehr. Die Folge: höhere Ticketpreise, schlechtere Angebote, mehr Verkehr auf der Strasse. Das sind verdeckte Schulden, die wir unseren Kindern hinterlassen – ökologisch wie finanziell.

Und in der internationalen Zusammenarbeit verabschiedet sich die Schweiz schleichend von ihrer humanitären Tradition. Wer «Switzerland first» ruft, übersieht, dass Ungleichheit, Armut und Instabilität letztlich auch uns schaden. Solidarität ist kein Luxus; sie ist kluge Politik.

Die Konsequenzen spüren wir konkret – auch in Basel-Stadt: So wären auch das Tropeninstitut, die Universität und unsere



Eva Herzog, Ständerätin



Sarah Wyss, Nationalrätin

Verkehrsinfrastruktur betroffen, um nur einige Beispiele zu nennen.

Trotzdem gilt: Aufgeben ist keine Option. Es gibt Erfolge, wenn wir Druck machen. Für 2025 haben wir zusätzliche 100 Millionen für den Bahninfrastrukturfonds erkämpft, im Budget 2026 zusätzlich 2,5 Millionen für Prävention gegen Gewalt an Frauen. Und der Giftnotruf ToxInfo ist gerettet. Das Entlastungspaket 2027 wurde vom Ständerat um 1 Milliarde verkleinert – immerhin. Wir bleiben dabei: Eine andere Finanzpolitik ist möglich.

**Save the date:
Sessionsrück-
blicke 2026**

**Donnerstag, 26. März und
Donnerstag, 15. Oktober,
um 20 Uhr im Rialto, Basel**

Sarah Wyss und Eva Herzog berichten von der Frühlings- und der Herbstsession in Bundesbern. Welche wichtigen Geschäfte wurden behandelt? Welche Erfolge konnte die SP verzeichnen – und wo stehen wir in der Finanzdebatte?



Mit Sicherheit im Alltag gegen die Unsicherheit

Laurance Müller/fotoman.ch

Rechte und antidemokratische Kräfte gewinnen an Einfluss, soziale Unsicherheit greift um sich, und die Klimakrise spitzt sich weiter zu. Die SP Basel-Stadt setzt dem eine klare Antwort entgegen: Sicherheit im Alltag, demokratische Teilhabe und gelebte Solidarität.

Julia Baumgartner, Barbara Heer und Thomas Fastermann (Bild)

Als wir im letzten Frühling für das Präsidium der SP Basel-Stadt kandidierten, haben wir aufgezeigt, was uns politisch antreibt und wofür wir gemeinsam einstehen wollen. Dieses Verständnis prägt auch unsere Arbeit heute: Wir wollen der wachsenden Unsicherheit nicht mit abstrakten Versprechen, sondern mit konkreten Verbesserungen im Alltag begegnen.

Wir leben in einer Zeit, in der rechte und antidemokratische Kräfte erstarken, die Klimakrise unsere Lebensgrundlagen bedroht und die Rechte von Minderheiten zunehmend unter Druck geraten. Diese Entwicklungen verunsichern ganz viele Menschen. Mit der SP Basel-Stadt wollen wir dieser Unsicherheit im Grossen mit Sicherheit im Kleinen begegnen: mit politischen Antworten, die spürbar wirken.

Sicherheit bedeutet für uns, dass Kinder gut betreut werden und sichere Schulwege haben. Dass die Menschen gut von ihrem Lohn leben können. Dass Wohnen bezahlbar bleibt und es in allen Quartieren Orte der Begegnung und Erholung gibt. Dass es genügend Schutzplätze gibt, wenn Menschen Gewalt erfahren. Und dass niemand diskriminiert oder verfolgt wird. Kurz: Sicherheit heisst, dass dieser Kanton auch in Zukunft für alle lebenswert bleibt.

Wichtige Entscheidungen stehen bevor
Im Jahr 2026 stehen wichtige nationale und kantonale Abstimmungen bevor, die unser

volles Engagement benötigen. Zentral ist für uns in Basel-Stadt die Abstimmung zum Direktabzug, die voraussichtlich im Juni stattfinden wird. Sie ist ein wirksames Instrument der Schuldenprävention und damit auch ein konkreter Beitrag zu sozialer Sicherheit.

Gleichzeitig wollen wir mit Bildungs- und Diskussionsanlässen Wissen teilen, Zusammenhänge aufzeigen und Menschen zum Mitdenken und Mitmachen einladen. In einer Zeit, in der Solidarität und Zusammenhalt wichtiger denn je sind, braucht es eine starke, aktive SP.

Wir freuen uns darauf, euch in den kommenden Monaten an der einen oder anderen Veranstaltung, an Mitgliederversammlungen oder auf der Strasse zu treffen – im gemeinsamen Engagement für eine solidarische, gerechte und lebenswerte Zukunft. Danke, dass ihr dabei seid!

«Solidarität und Zusammenhalt sind wichtiger denn je.»



Wechsel im Fraktionspräsidium

Nach drei Jahren im Amt haben **Michela Seggiani, Jessica Brandenburger** und **Jean-Luc Perret** das Präsidium der SP-Fraktion abgegeben. Zu den wichtigsten politischen Erfolgen während ihres Präsidiums zählen die Annahme des Gegenvorschlags zur Initiative «Kinderbetreuung für alle», der Gegenvorschlag zu «Basel baut Zukunft», der Prämienendeckel sowie die Initiative und der Gegenvorschlag zum Direktabzug. Gleichzeitig führte das Präsidium die Fraktion souverän durch herausfordernde Diskussionen – etwa im Zusammenhang mit dem Schefer-Bericht und der Frage einer PUK oder bei der umstrittenen SVP-Kandidatur fürs Statthalteramt.

Das Präsidium zeichnete sich durch ein starkes Zusammenspiel aus: Ruhe und Moderationsstärke, klare Strukturen und hohe Professionalität, aber auch Teamgeist, Solidarität und eine wertschätzende Kommunikationskultur. Besonders hervorzuheben ist der respektvolle Umgang innerhalb der Fraktion und mit dem Fraktionssekretariat sowie die Fähigkeit, unterschiedliche Meinungen zu bündeln und nach aussen geschlossen aufzutreten.

Wir danken Michela Seggiani, Jessica Brandenburger und Jean-Luc Perret herzlich für ihren grossen Einsatz für eine starke SP-Fraktion im Parlament.

Das neue Fraktionspräsidium (Bild) besteht aus **Melanie Nussbaumer** als Präsidentin sowie **Beda Baumgartner** und **Claudio Miozzari** als Vizepräsidenten. Sie haben ihre Arbeit im Januar aufgenommen. Wir freuen uns auf die Zusammenarbeit!

Julia Baumgartner,
Präsidentin SP Basel-Stadt

Nein zum Prämienabzugs-Bschiss

Am 8. März stimmt das Baselbiet über die Prämienabzugs-Initiative der SVP und den Gegenvorschlag ab. Die Krankenkassenprämien sollen in grösserem Umfang vom steuerbaren Einkommen abgezogen werden können. Beide Vorlagen tun so, als würden sie die breite Bevölkerung entlasten – in Wahrheit profitieren Steuerzahlende mit hohem Einkommen am stärksten.



Adil Koller,
Fraktionspräsident

Ein Bschiss auf dem Rücken des Mittelstands. Kostenpunkt: 150 Millionen. Deshalb empfiehlt die SP 2x Nein. Im Landrat haben sich auch Grüne, GLP, Mitte und FDP dieser Ablehnung angeschlossen.

Die Falschen profitieren

Pauschale Steuerabzüge sind unfair. Je höher das Einkommen, desto mehr Steuern müssen auf einen Franken zusätzliches Einkommen bezahlt werden. Das ist ein guter und gewollter Ausgleich. Wenn ein zusätzlicher Abzug eingeführt wird, können Steuerzahlende mit höheren Einkommen deutlich mehr Steuern sparen. Bei den Krankenkassen ist es genau

desto stärker belasten die Prämien das Budget und desto höher ist der Entlastungsbedarf. Deshalb ist es absurd, mit einem hohen pauschalen Abzug vor allem sehr gut Verdienende zu entlasten, während diejenigen, die auf Prämienverbilligungen angewiesen sind, kaum profitieren oder gar leer ausgehen.

Massive Steuerausfälle

Insgesamt führt die Initiative zu massiven Steuerausfällen von rund 150 Millionen Franken. Die fehlen dann bei Bildung, Gesundheit, ÖV oder sozialen Leistungen – und am Ende zahlt der Mittelstand die Rechnung. Auch der Gegenvorschlag kostet Dutzende Millionen.

Gezielte Entlastung

Die SP engagiert sich seit Jahren für die soziale Alternative: den Ausbau der Prämienverbilligungen. Dort kommt die Entlastung gezielt bei unteren und mittleren Einkommen an – und nicht bei den Reichsten. Sie muss aber dringend ausgebaut werden. Dank der SP passiert das im Baselbiet endlich: Eine entsprechende Vorlage, die echte

Perspektiven für den Mittelstand bietet, ist unterwegs. Ein Vergleich: Eine Familie des unteren Mittelstandes mit 100 000 Franken steuerbarem Einkommen würde mit dem Gegenvorschlag zur Initiative nur etwa 500 Franken Steuern sparen. Mit der neuen Prämienverbilligungsvorlage würde sie 3600 Franken zusätzlich erhalten. Die Vorlage wird dieses Jahr in den Landrat kommen.

Parolen für den 8. März

Die SP Baselland sagt:

- Ja zur Klimafonds-Initiative
- Nein zur Anti-SRG-Initiative
- Nein zur Bargeld-Initiative und Ja zum Gegenvorschlag
- Ja zur Individualbesteuerung

Auf kantonaler Ebene sagt die SP Baselland:

- Nein zum Prämienabzugs-Bschiss und Nein zum Gegenvorschlag
- Ja zur Solar-Initiative
- Nein zur Transparenz-Initiative
- Ja zur Verfassungsänderung Kreislaufwirtschaft
- Nein zur Initiative «Tempo 30 nur mit Zustimmung der Bevölkerung» und Nein zum Gegenvorschlag

**NEIN zum
Prämienabzugs-Bschiss
NEIN zum Gegenvorschlag**

**Die Reichsten profitieren.
Der Mittelstand zahlt.**

**2 x NEIN
am 8. März**



Drei Generationen von SP-Nationalrätinnen auf dem Podium

Wie war das damals im Bundeshaus, und wie ist es heute? Unter Moderation von Gemeinderätin Regula Meschberger erzählten am Dreikönigsapéro der SP Baselland und der SP Muttenz Samira Marti, Angeline Fankhauser und Susanne Leutenegger Oberholzer von ihren Erfahrungen im Bundeshaus und unterhielten sich über die damaligen und heutigen Herausforderungen der nationalen Politik.

Nach dem grauenhaft überschatteten Start in das Jahr 2026 begrüsst Julienne Büren und Nils Jocher die Gäste am Jahresauftakt in der Aula der Primarschule Donnerbaum in Muttenz – und gedachten vorab der Opfer des tragischen Brandes in Crans-Montana.

Die drei Baselbieter Nationalrätinnen eröffneten das Gespräch mit Anekdoten zu ihren positiven und negativen Erfahrungen in Bern. Während Susanne von grossen

Herausforderungen wie dem Grounding der Swissair und der Finanzkrise von 2008 erzählte, schilderte Samira die heutige Erwartung ständiger Verfügbarkeit von Parlamentarier:innen und die aussergewöhnlichen Zustände während der Pandemie.

Armee, AKW und Journalismus

Angeline, die 1983 als erste Frau für den Kanton Baselland in den Nationalrat gewählt wurde, erinnerte sich an die langen Diskussionen innerhalb der Fraktion über die Armeeabschaffung und die Besetzung des AKWs Kaiseraugst.

Auch die Veränderung im Journalismus waren ein Thema auf dem Podium. Angeline hält fest, dass die Qualität aufgrund der höheren Priorität von Spektakel und Schlagzeilen abgenommen hat. Umso wichtiger sei ein klares Nein zur Anti-SRG-Initiative am 8. März.

Als aktuelle Herausforderung nannte Samira die familienergän-

zende Kinderbetreuung. Im Baselland veröffentlichte die Regierung vor kurzem einen Gegenvorschlag zur Initiative der SP Baselland. Dies stelle bereits einen wichtigen Schritt dar.

Aufwachsen ohne Stimmrecht

Susanne erzählte, wie wichtig für sie die Wahl von Angeline in den Nationalrat damals war. Beide sind ohne Stimmrecht aufgewachsen, und die Wahl einer pointiert linken Frau wie Angeline war eine Sensation. Anschliessend berichtete Samira von der Wahl 2019, als der Frauenanteil im Parlament anstieg, und von der Vielfarbigkeit, die plötzlich das Bundeshaus prägte. Es brauche jedoch noch viel mehr Frauen im Bundeshaus und in der Politik.

Bevor Regula Meschberger das Podiumsgespräch beendete und den Apéro eröffnete, gab uns Angeline in ihrem Schlusswort noch dies mit: «Wichtig ist es, auf die Barrikade zu gehen für die Demokratie.»

Solarinitiative

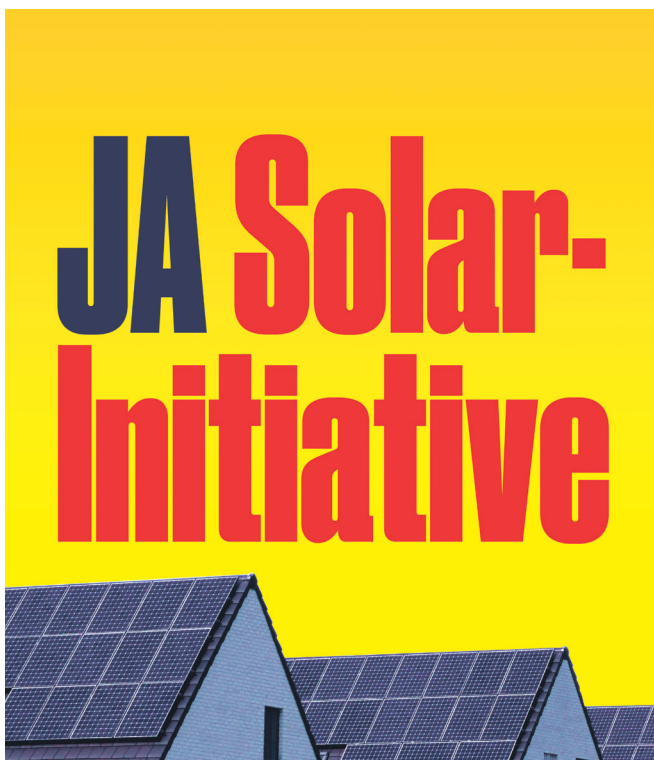
Potenzial nutzen – Versorgung sichern

Thomas Noack, Landrat

Das grösste ungenutzte Energiepotenzial im Baselbiet liegt auf unseren Dächern. Dort können wir mit bewährter, sicherer und klimafreundlicher Solartechnik Strom produzieren – lokal und ohne zusätzliche Belastung für Landschaft und Umwelt. Das stärkt die Versorgungssicherheit, schützt das Klima und schafft Aufträge für unser Gewerbe.

Die Energiewende ist beschlossen – jetzt braucht es Tempo. Mehr Solar macht uns unabhängiger von teuren Importen und senkt die CO₂-Emissionen. Die Initiative sorgt dafür, dass Neubauten grundsätzlich Solaranlagen erhalten. Bei grösseren Umbauten soll auch bei bestehenden Gebäuden nachgerüstet werden. Der Kanton kann dies finanziell unterstützen; für Härtefälle sind Ausnahmen vorgesehen.

Ein Ja zur Solarinitiative bedeutet: mehr Sicherheit, mehr Klimaschutz und mehr Wertschöpfung im Baselbiet.



Rückblick Abstimmung zum EL-Gesetz

Ein starkes Nein für ein soziales Baselbiet

Tania Cucè, Vizepräsidentin SP Baselland

Mit der klaren Ablehnung der Teilrevision des Ergänzungsgesetzes im November 2025 haben die Stimmberechtigten im Kanton Basel-Landschaft ein starkes Zeichen gesetzt: Sozialabbau auf dem Buckel der Schwächsten wird nicht akzeptiert. Rund 55 Prozent sagten Nein zu einer Vorlage, die vor allem Seniorinnen und Senioren sowie Menschen mit knappen finanziellen Mitteln stärker belastet hätte – ohne einen nennenswerten finanziellen Nutzen zu bringen. Dieser Abstimmungserfolg ist ein Sieg für ein solidarisches Baselbiet. Dank dem engagierten Einsatz der SP konnte aufgezeigt werden, dass die geplanten Kürzungen eine Schikane für EL-Beziehende dargestellt hätten. Die Regierung hat bereits zum dritten Mal versucht, den Vermögensverzehr zu erhöhen – und zum dritten Mal hat die Bevölkerung Nein gesagt. Diese unmissverständliche Haltung sollte nun endlich akzeptiert werden.

Für die SP Baselland ist klar: Auch künftig werden wir uns konsequent gegen Abbauvorlagen und Rentenkürzungen wehren – und für eine soziale, gerechte Politik kämpfen.

Ausschreibung Präsidium SP Baselland

Nils Jocher und **Sandra Strüby-Schaub** haben an der letzten Delegiertenversammlung ihren Rücktritt auf die GDV hin bekannt gegeben. Die Geschäftsleitung hat den Prozess für die Nachfolge eingeleitet. Die Frist für Kandidaturen wurde auf den **28. Februar 2026** festgelegt. Unterlagen inkl. Motivationsschreiben und Lebenslauf können an info@sp-bl.ch eingereicht werden.

Zudem hat die Geschäftsleitung Sandra Strüby-Schaub (sandra.strueby@gmail.com, 079 297 71 08) als Ansprechperson und Verantwortliche seitens der GL für die Suche nach einer geeigneten Nachfolge bestimmt.

Aus dem Landrat

Gegen den Abbau

Im Baselbieter Landrat wiederholt sich jeden Dezember ein beängstigendes Schauspiel. Die rechtsbürgerliche Mehrheit wird von einem regelrechten Sparrausch befallen und schwingt den Abbaupolter ohne Rücksicht auf Verluste. Auch die jüngste Budgetdebatte verlief nach exakt diesem Muster. Obwohl längst klar ist, dass Finanzdirektor Lauber sein aktuelles Abbaupaket unter komplett falschen Prämissen geschnürt hat, halten SVP, FDP und Co. eisern am Abbaukurs fest. Daran änderte auch die letzte Rechnung des Kantons nichts, bei der das Baselbiet zum Erstaunen auch des Finanzdirektors plötzlich mit einem Überschuss von 157 Millionen Franken dastand.

Stures Festhalten an Abbaumassnahmen

Wenn selbst ein Multi-Millionen-Verrechner dieses Ausmasses nichts am angeblichen Spardruck ändert, sollte auch den Letzten klar werden: Mit finanzpolitischer Notwendigkeit hat die Abbaupolitik im Baselbiet nichts zu tun.

Entsprechend hat die SP-Fraktion in der letzten Budgetdebatte darauf gepocht, wenigstens die schlimmsten Auswüchse des Abbaupaketes zurückzunehmen. Mit einem Dutzend Anträgen wehrten wir uns unter anderem gegen Kürzungen im Gesundheitsbereich und verlangten zusätzliche Gelder für Sonderschulen und den Ausgleich der aufgelaufenen Teuerung für Kantonsangestellte.



Ronja Jansen, Landrätin

Die meisten unserer Anträge scheiterten an der harten rechtsbürgerlichen Front.

Erfolge in der Gesundheitspolitik und im Bildungswesen

Ein Lichtblick war die Annahme der SP-Anträge gegen den Abbau der Wahlpflichtfächer an der

Sekundarschule und gegen Kürzungen bei der Pikettentschädigung für Hebammen.

Doch auch die abgelehnten Anträge waren und sind nicht nur für die Galerie. Wir zeigten und zeigen auf, dass es auch anders geht. Dem Abbau stellen wir mit unserer Solidaritätsinitiative eine gerechte Steuerpolitik entgegen. Dem missratenen Prämienabzugschiss der SVP, über den wir im März abstimmen, halten wir echte Entlastung durch mehr Prämienverbilligung entgegen. Und bei den kantonalen Wahlen 2027 bieten wir das Sprungbrett für einen Politikwechsel, mit dem die künftigen Budgetdebatten – anstatt trauriger Abbauschlachten – zu Diskussionen um echten Fortschritt werden.

Aus dem Grossen Rat

Gebührensenkungen bei Einbürgerungen

Einbürgerungsgebühren waren im Kanton Basel-Stadt über Jahre ein Stein des Anstosses: Die Kosten für die Erlangung des Schweizer Bürgerrechts setzten sich aus kommunalen, kantonalen und eidgenössischen Gebühren zusammen und führten zu hohen Belastungen für einbürgerungswillige Personen. Je nach Wohnort lagen die Gesamtkosten bisher teilweise über 2000 Franken, während junge Menschen unter 19 Jahren nur teilweise befreit waren. Diese «Postleitzahl-Lotterie» mit Ungerechtigkeitspotenzial erschwerte vielen den Zugang zur politischen Teilhabe.

Vor diesem Hintergrund habe ich im Grossen Rat in einer Motion verlangt, die Einbürgerungs-



Mahir Kabacki, Grossrat

gebühren für unter 25-Jährige abzuschaffen und damit jungen Menschen den Weg zum Schweizer Pass zu erleichtern. Die Motion wurde im Grossen Rat überwiesen und führte zu einem breit abgestützten Kompromiss in der Justiz-, Sicherheits- und

Sportkommission, die eine deutliche Senkung der Gebühren im gesamten Kanton beantragte. Auch Menschen mit tiefem Einkommen werden nun entlastet, wenn sie auf Sozialhilfe, Ergänzungsleistungen oder Prämienverbilligungen angewiesen sind. Für alle anderen wurden die Gebühren deutlich gesenkt.

Erleichterte Teilhabe: Basel-Stadt räumt Integration und Mitwirkung Priorität ein

Dieser Beschluss setzt ein starkes Signal: Einbürgerung ist mehr als ein bürokratischer Akt – sie ist Ausdruck von Integration und Wille zu demokratischer Teilhabe. Gerade junge Menschen, die hier aufgewachsen

sind, sollen nicht durch hohe Kosten vom politischen Engagement abgehalten werden. Die neue Regelung erleichtert die Teilhabe und zeigt, dass Basel-Stadt Integration und Mitwirkung Priorität einräumt.